

VA 055/2011 (DDI)

Volksauftrag "Keine höheren Eigenleistungen der Pflege im Heim" (01.04.2011)

In der Heimfinanzierung ist die Definition der Leistungen in Abgrenzung zwischen Hotellerie, Betreuung und Pflege mit den umliegenden Kantonen zu vereinheitlichen, insbesondere ist die Grundpflege gemäss Bundesgesetzgebung als Pflegeaufwand anzuerkennen. In der Folge sind die Restkosten der Pflege mittels Beiträgen der öffentlichen Hand bundesrechtskonform zu übernehmen.

Begründung (01.04.2011): schriftlich.

- Sollen die Patientinnen und Patienten künftig zusätzlich bis zu 20% der Pflegekosten selber berappen? – Nein!
- Das wäre eine Mehrbelastung von bis zu Fr. 5'825.40/Jahr oder Fr. 458.00/Monat für die Spitexpflege und von bis zu Fr. 7'884/Jahr oder Fr. 657/Monat für den Aufenthalt im Pflegeheim.
- Solothurner Pflegebedürftige würden für den Heimaufenthalt bis zu Fr. 30'000/Jahr mehr berappen als im Kanton Baselstadt (siehe OT 09.10.2010).
- Dazu kommen die Franchise min. Fr. 300/Jahr und der max. Selbstbehalt von Fr. 700/Jahr.
- Für die grosse Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner ist eine solche Belastung jenseits von Gut und Böse. Das ist rund drei Mal höher als eine mittlere AHV-Rente.
- Millionen würden so den Solothurner Versicherten und ihren Familien zusätzlich aufgebürdet.
- Diesen erneuten Versuch des Rentenklaus, diesen unverfrorenen stattlichen Raubzug auf die Renten kleiner Leute wollen wir mit diesem Volksauftrag stoppen.
- Unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger haben es mehr als verdient, in Würde und ohne ständige finanzielle Angst alt zu werden.
- Dieser Volksauftrag fordert Regierung und Kantonsrat auf, bürgerfreundliche Lösungen in der Pflegefinanzierung zu treffen, wie es viele andere Kantone auch tun.

Unterschriften: 1. Rudolf Fasnacht; insgesamt 1'054 beglaubigte Unterschriften